

Informationen

zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Marktüberwachung
nach Verordnung (EU) Nr. 305/2011 harmonisierter Bauprodukte

(Datenschutzerklärung)

Die Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr informiert gemäß Art. 13 und 14
Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (EU-
Datenschutzgrundverordnung, im Weiteren: DSGVO):

1. Verantwortliche Stelle

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72
28195 Bremen
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 (0)421/ 361-2407
Fax: +49 (0)421/ 496 - 2050
E-Mail-Adresse: office@umwelt.bremen.de

Für die Datenerhebung und Verarbeitung ist

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72
28195 Bremen
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 (0)421/ 361-16812
Fax: +49 (0)421/ 496 -16812
E-Mail-Adresse: zinar.muhammad@bau.bremen.de

Sie erreichen unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten unter:

Dr. Uwe Schläger
datenschutz nord GmbH
Konsul-Smidt-Straße 88
28217 Bremen
Web: www.datenschutz-nord-gruppe.de
E-Mail: office@datenschutz-nord.de

2. Betroffene Personen

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen (Artikel 4 Nummer 1 DSGVO). Diese Person wird in der DSGVO als "betroffene Person" bezeichnet.

Die Kategorien der durch die Bearbeitung betroffenen Personen umfassen:

- Wirtschaftsakteure
- evtl. beteiligte Privatpersonen
- mit Bauprodukten verbundene sonstige Akteure, einschließlich Verbände und notifizierte Stellen
- Ansprechpartner, insbesondere bei Behörden, Wirtschaftsakteuren, notifizierten Stellen und Verbänden

3. Erfasste personenbezogene Daten

Es werden ausschließlich folgende personenbezogene Daten erfasst:

- Personenstammdaten (Name, Adressdaten)
- Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, E-Mail)
- Wirtschaftliche und rechtliche Angaben zur betroffenen Person (z.B. über die Funktion der Person als Ansprechpartner oder Angaben, durch die ein Bezug zwischen der betroffenen Person und dem Verfahrensgegenstand hergestellt wird)

4. Zweckbestimmung und Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bezüglich der Marktüberwachung von nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 harmonisierten Bauprodukten erfolgt ausschließlich zum Zwecke der Durchführung der Marktüberwachung im Rahmen der dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse aus der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011.

Zur einheitlichen Erfassung der Marktüberwachungsvorgänge und zum Austausch von Informationen zwischen den Organisationseinheiten auf nationaler Ebene setzt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das webbasierte Vorgangsmanagementsystem MÜ|CE (Webanwendung) ein.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO.

Spezielle Rechtsgrundlagen für die Übermittlung personenbezogener Daten in Bezug auf die Marktüberwachung von nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 harmonisierten Bauprodukten sind:

- Artikel 56 und 58 Verordnung (EU) Nr. 305/2011
- Artikel 22, 23 und 24 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 765/2008
- §§ 29 Abs. 1 und Abs. 2, 30 Abs. 1 bis 3 sowie 31 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 5 Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz – ProdSG)

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Es erhalten nur diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr Zugriff auf personenbezogene Daten, die diese zur Bearbeitung des Verfahrensgegenstandes benötigen und die geschulte Nutzer des Vorgangsmanagementsystems MÜ|CE sind.

Die Übermittlung personenbezogener Daten an andere Behörden erfolgt, wenn und soweit diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigt werden.

Sofern Marktüberwachungsmaßnahmen erforderlich sind, die gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 und der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 eine Information der Öffentlichkeit, einer Zollbehörde, der Marktüberwachungsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten oder der Europäischen Kommission vorschreiben, erfolgt die Informationsübermittlung insbesondere mittels der gesetzlich dafür vorgesehenen Systeme (z.B. ICSMS oder RAPEX).

Eine Datenübertragung an Empfänger außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten werden entsprechend der gesetzlichen Aufgabenerfüllung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten notwendig ist.

Im Vorgangsmanagementsystem MÜ|CE werden personenbezogene Daten nur gespeichert werden, wenn diese im Bezug zu einer Fallakte stehen. Die Aufbewahrungsfrist der Fallakten im Vorgangsmanagementsystem MÜ|CE beträgt pauschal fünf Jahre. Diese Aufbewahrungsfrist schließt die mit der Fallakte verknüpften personenbezogenen Daten mit ein. Es werden keine verkürzten Aufbewahrungsfristen vorgesehen. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist erfolgt eine Archivierung der Fallakten mit anonymisierten personenbezogenen Daten.

7. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Widerspruch ist beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Verantwortlicher) einzulegen.

8. Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gemäß Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

9. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

10. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

11. Recht auf Löschung

Löschungspflicht:

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.

- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Information an Dritte:

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen um andere Verantwortliche darüber zu informieren, dass die betroffene Person die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt hat (Art. 17 Abs. 2 DSGVO).

Ausnahmen:

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h) und i) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

12. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

13. Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Die Bereitstellung der Daten ist für eine durch das Vorgangensmanagementsystem MÜ|CE gestützte Durchführung der Marktüberwachung erforderlich. Ohne die Daten würde für die Behörden, die für die Marktüberwachung von nach Verordnung (EU) Nr. 305/2011 harmonisierten Bauprodukten zuständig sind, eine durch das Vorgangensmanagementsystem gestützte Bearbeitung von Marktüberwachungsvorgängen nicht möglich sein.

14. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO erfolgt nicht.

15. Cookies und Auswertung des Nutzerverhaltens

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr setzt bei MÜ|CE keine Cookies ein und wertet das Nutzerverhalten nicht aus.

16. Aktive Komponenten

Durch MÜ|CE wird JavaScript verwendet.

17. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.